



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Berlin, 23. März 2023

**Nach dem Winter ist vor dem Winter –
unser Konzept für eine sichere, saubere und bezahlbare
Stromversorgung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine sichere und bezahlbare Energieversorgung Deutschlands wird auch im Winter 2023/2024 eine Herausforderung. Deswegen müssen jetzt frühzeitig alle notwendigen Maßnahmen zur Vorsorge ergriffen werden. Dazu haben wir in der vergangenen Sitzungswoche ein **Gesetz zur Sicherung bezahlbarer Stromversorgung (Stromversorgungssicherungsgesetz – SVSG)** in den Bundestag eingebracht (Drucksache 20/5984).

Damit zeigen wir: Wir handeln auch in dieser Energiekrise als konstruktive Opposition, mit einem klaren Konzept. Wir stehen für eine **Gleichzeitigkeit** bei den energiepolitischen Maßnahmen: für den zügigen Ausbau **Erneuerbarer** Energien, für die Wahrung der **Versorgungssicherheit** und für die notwendigen **Entlastungen** bei den Strompreisen für Bürger und Wirtschaft.

Mit diesem Ansatz haben wir seit dem vergangenen Jahr immer wieder konkrete Vorschläge eingebracht und so den Regierungskurs an entscheidenden Stellen erheblich beeinflusst: Wir haben die Wasserkraft vor dem Aus bewahrt, die Ampel zur Aufhebung des Biomasse-Deckels und damit zur stärkeren Nutzung der Bioenergie angehalten, den krisenbedingten vorübergehenden Weiterbetrieb der Kernkraft herbeigeführt, dem beschleunigten Netzausbau zugestimmt und die geplante Gasumlage beseitigt. Weil wir auf Breite statt Engführung setzen. Dort, wo die Ampel im vergangenen Jahr pragmatisch gehandelt hat – bei LNG-Terminals oder der Gasbeschaffung – erkennen wir diese Leistung an. Gerade deswegen darf die Regierung jetzt nicht selbst dem Präventionsparadox erliegen: Nur weil wir diesen Winter ohne Blackouts überstanden haben, dürfen wir nicht ohne Weiteres annehmen, dass die Versorgung auch im kommenden Winter gesichert ist. Während die Ampel gerade hauptsächlich mit Reparaturgesetzen

Jens Spahn
Stellvertretender Vorsitzender
T 030. 227-79309
F 030. 227-76814
jens.spahn@bundestag.de

Steffen Bilger MdB
Stellvertretender Vorsitzender
T 030. 227-73023
F 030. 227-2373023
steffen.bilger@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.cducsu.de

und internen Streitereien beschäftigt ist, denken wir bei der Versorgungssicherheit voraus.

Unser Artikelgesetz betrifft zunächst die krisenvorsorgende **Ausweitung des Energieangebots**. Dafür braucht es eine pragmatische Nutzung aller uns zur Verfügung stehenden Energieressourcen, auch den vorübergehenden Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke (Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2), die vier Gigawatt Leistung bereitstellen. Dabei haben wir auch die Klimaziele im Blick. Knapp zehn Gigawatt aus Kohlekraft sind seit dem Frühjahr 2022 in das Netz zurückgekehrt. Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung ist damit vom dritten Quartal 2021 zum dritten Quartal 2022 um 13,3 Prozent gestiegen, der Gesamtanteil der Kohle an der Stromerzeugung betrug 36,3 Prozent. Um die Versorgung zu stabilisieren, war das notwendig und richtig. Wenn die Ampel aber nun die letzten vier Gigawatt Kernkraft aus dem Netz nimmt, wird sie (noch) mehr (als nötig) auf Kohle setzen müssen – und wird damit zur **Kohle-Koalition**.

Statt wie die Ampel den politischen Streit mit Ländern und Kommunen zu suchen, wollen wir mit unbürokratischen **Sofortmaßnahmen die Potenziale beim Ausbau der Erneuerbaren heben**. Unsere Vorschläge beziehen sich zum Beispiel auf den Photovoltaik-Ausbau bei überdachten Parkplatzflächen, auf Agri-PV oder auf die Aussetzung der Zertifizierungspflichten bei PV-Anlagen.

Unser Gesetzesentwurf adressiert zudem das **doppelte Bremsversagen der Ampel-Entlastungen** bei den Energiepreisen. Die **Strompreisbremse bremst nicht** wie vorgesehen die Strompreise. Verbraucher und Unternehmen ächzen unter den hohen Strompreisen. Der Industriestandort Deutschland ist in Gefahr. Kaum ein Thema treibt die Wirtschaft so um wie die hohen Energiepreise. Es braucht kurzfristige Entlastungen beim Strompreis. Das gilt vor allem mit Blick auf die Wirtschaft. Solange weder die Strompreisbremse vielen Unternehmen hilft noch das vom Bundeskanzler angekündigte Konzept eines Industriestrompreises vorliegt, herrscht hier dringender Handlungsbedarf. Deswegen müssen als Sofortmaßnahmen Stromsteuer und Mehrwertsteuer gesenkt werden. Gleichzeitig **wird die Erlösabschöpfung bei den Energieerzeugern zu einer Strom(-ausbau)-Bremsen**. Die von der Ampel geplante Abschöpfung der Zufallsgewinne funktioniert nicht und bringt zum ungünstigsten Zeitpunkt zusätzliche Unsicherheit in den Markt. Damit werden Investitionen in Erneuerbare-Investitionen gehemmt, Ausschreibungen sind seit Monaten deutlich unterzeichnet. Deswegen fordern wir die Streichung dieser Regelungen im Gesetz – diese Strombremse muss weg.

Dass die Ampelfraktionen in der Debatte nicht dazu imstande oder willens waren, sich auf einen fachlichen Austausch zu den verschiedenen Gesetzesvorschlägen einzulassen, zeigt: im Deutschen Bundestag sitzt zwar eine konstruktive Opposition, aber leider keine konstruktive Regierungskoalition.

Mit freundlichen Grüßen



Jens Spahn MdB



Steffen Bilger MdB